



Dr. Manfred Stolpe

Bundesminister für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen

Rede zum Internationalen Kongress des
Council for European Urbanism
„30 Jahre Europäische Stadt – Rückblick und Ausblick“

am 10. September 2005

in Berlin

- Endfassung –

Sehr geehrter Herr Minister Prescott,
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie sind nach Berlin gekommen, um über die Zukunft der europäischen Stadt zu diskutieren. Ich freue mich, dass wir Gastgeber für diese hochrangige europäische Konferenz sind und heiÙe Sie im Namen der Bundesregierung herzlich willkommen.

Ich möchte meinen Ausführungen ein klares Bekenntnis voranstellen: Das Thema Stadt ist ein zentrales Aufgabenfeld für die Bundespolitik!
Stadt und Zukunft sind untrennbar verbunden.

Sie hatten gestern bereits einen intensiven Konferenztag mit dem Schwerpunkt der Entwicklung Berlins.

Berlin ist für Ihre Tagung ein geeigneter Ort, weil diese Stadt große Belastungen und Verwerfungen durchgemacht hat.

Sie stand und steht immer noch durch die Folgen der vollständigen Teilung vor außergewöhnlichen Herausforderungen. Sowohl innerstädtisch, als auch in den Beziehung zum Umland.

Und sie knüpft heute wieder an das an, was sie vor dem Zweiten Weltkrieg war: eine moderne europäische Großstadt, die sich auch aus ihren Brüchen neu definiert.

Berlin ist ein Beispiel von internationaler Bedeutung.

Dazu passt, dass Sie sich als europäische Initiative die Stadtentwicklung zu ihrem Anliegen gemacht haben. Das zeigt die Dimensionen, in denen wir uns beim Thema Stadt bewegen. Ein national oder gar regional verengter Blick wäre ein gravierender Fehler.

Die Entwicklungen und Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft wirken sich zuerst und vor allem in Städten aus. Kollektive Identitäten werden zunehmend in Frage gestellt. Gleichwohl gibt es ein Bedürfnis nach verbindlichen gesellschaftlichen Werten. Städte sind hierfür im wahrsten Sinne des Wortes Verdichtungsräume gesellschaftlicher Selbstverständigung.

Die Stadt mit ihren Überformungen, Kontrasten, Widersprüchen ist ein Mix von Interessen, dem wir Form geben müssen, wenn wir die Städte erneuern und Vielfalt erhalten wollen. Stadtentwicklung ist ein Brennglas unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Positiv wie negativ. Uns muss es dabei um die Chancen gehen, ohne dass wir die Probleme ausblenden.

Städte sind Laboratorien für das Zusammenwirken der verschiedensten Akteure. Die Zukunft der Stadt liegt in der Kooperation. Durchaus auch im kooperativen Wettbewerb. Aber ein Windhundverfahren einseitiger Interessen würde dem Gemeinwohl entgegenlaufen.

Umso mehr begrüße ich, dass Sie sich diese Verständigung, ein Netzwerk der städtischen Akteure zur Aufgabe gemacht haben.

Worum geht es dabei?

Unsere Städte befinden sich in einem dramatischen Strukturwandel. Die Globalisierung macht vor den Städten nicht halt. Rückbau alter Industrien und Ansiedlung neuer Gewerbe, der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Lösung sozialer Konflikte, der Einstieg in die Wissensgesellschaft, die Integration von Zuwanderern, die Modernisierung der Bausubstanz. Das alles erfordert ein neues Leitbild der Stadtentwicklung.

Hinzu kommt die demografische Entwicklung. In Deutschland und fast allen anderen europäischen Staaten wird auf Grund der niedrigen Geburtenrate und der steigenden Lebenserwartung die Einwohnerzahl zurückgehen und der Anteil älterer Menschen ansteigen.

Das sind große Herausforderungen. Ich glaube, dass sie lösbar sind. Die Voraussetzungen und Chancen einer leistungsfähigen gerechten Gesellschaft liegen ganz wesentlich in unseren Städten. Aber um diese Chancen zu wahren, brauchen wir einen Paradigmenwechsel.

Wir haben die Herausforderungen angenommen und einige wichtige Initiativen gestartet. Stadtbau in Ost und West und das Programm Soziale Stadt sind erfolgreich etabliert. Die Städtebauförderung wurde um fast 50 % gesteigert. Allein in diesem Jahr stehen 522 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich unterstützen wir die privaten Eigentümer mit viel Geld bei der energetischen Sanierung.

Wir haben die Innenstädte gestärkt, das Wohngeld erhöht. Und mit einer Gemeindefinanzreform den Kommunen mehr Luft auf der finanziellen Seite verschafft.

Mit diesen Maßnahmen haben wir das Thema Stadt überhaupt erst wieder auf die bundespolitische Agenda gehoben.

Stadtpolitik ist eine Daueraufgabe.

Dafür brauchen wir nicht nur eine Baupolitik im engeren Sinne, sondern eine integrierte Stadt-, Wohnungs- und Mobilitätspolitik, die den sozialen Zusammenhalt der Quartiere im Blick hat.

Ich möchte auf vier Aspekte näher eingehen, die mir wesentlich erscheinen.

Das sind
der Umgang mit Traditionen,
die familienfreundliche Stadt,
Migration,
und Mobilität.

Wir hören heute Berichte aus ganz verschiedenen Städten Europas.

Der Topos von der Europäischen Stadt ist auch ein Entwicklungs- und Abgrenzungsbegriff gegenüber der Situation zum Beispiel in den USA, in Asien.

Nord- und Süd-Amerika, Südostasien sind Regionen mit dynamischen Entwicklungen im Städtebaubereich. Oft mit einer ganz anderen Richtung und vor einem komplett verschiedenen stadtentwicklungspolitischen Hintergrund.

Europa ist ein eng besiedeltes Gebiet. Wir können uns daher keine Satelliten-Wucherungen leisten. Die Negativfolgen sind bekannt: Flächenverbrauch, Bodenversiegelung, Verkehrswachstum, Zersiedelung. Unsere Städte lassen sich nicht in der Fläche auflösen. Die europäische Stadt liegt nicht im Nirgendwo, sie hat einen Ort und Grenzen und einen Kern.

Die Idee der Europäischen Stadt ist jedoch nicht nur eine Abgrenzung, sondern auch inhaltlich leitender Gedanke unserer Arbeit. Sie gewährleistet Vielfalt an Entwicklungen, Möglichkeiten und Chancen. Chancen als ein Begriff, den wir ständig neu ausfüllen müssen, ohne wertvolle Traditionen zu verlieren.

Gerade in der deutschen Geschichte gibt es Brüche, die auch unsere Städte nicht verleugnen dürfen. Auch diese kulturellen Gedächtnislinien verpflichten uns. Traditionen wirken in die Gegenwart hinein. Das heißt, Vergangenes nicht einfach zu kopieren sondern, sich von ihm neu inspirieren zu lassen.

An dieser Stelle ein kurzes Wort zur Architektur: Deutschland ist wider viele Unkenrufe ein Land mit vortrefflicher Baukultur. Architektur und Ingenieurwesen gehören weltweit zu den leistungsfähigsten. Und auch an Kreativität stehen wir nicht zurück. Da müssen wir nur mehr drüber reden. Wir müssen bei der Architektur an die Stadt denken, ihr dient das Bauen, aber wir müssen der Architektur ihren kreativen Atemraum geben. Auch hier liegt die Stärke in der Vielfalt, die den Kontext im Blick hat. Und dazu gehört ein behutsamer Umgang mit alter Bausubstanz.

Wir müssen neben der sozialen und wirtschaftlichen auch die gestalterische Bindungskraft für die Bewohner in den Innenstädten erhöhen. Nur eine lebendige, vielfältige Innenstadt ist eine lebenswerte Innenstadt. Da müssen wir die Menschen halten. Auch mit der Architektur.

Ich hoffe, dass wir in der nächsten Zeit die Bundesstiftung Baukultur gründen können. Da sind die Briten unser Vorbild. CABE ist eine echte Erfolgsgeschichte. Unser Ziel ist, national und international noch mehr herauszustellen, dass auch die deutschen Planer gut sind.

Wir müssen die Schnittmenge finden zwischen all den Ansprüchen, die morgen an unsere Städte gerichtet werden. Wohnen, Architektur, Arbeit, Mobilität, Bildung, Soziales. All das muss berücksichtigt werden, wenn wir über die Zukunft der europäischen Stadt nachdenken. Aber Stadt besteht aus mehr als statistischen Tabellen, aus Bauplänen, Entwürfen. In unser Bewusstsein dringt sie in ihrer Gesamtheit. Die Stadt ist Schutz und Kontext, aber auch Dynamik, Veränderung, Freiheit.

Ich komme zu meinem zweiten Punkt: der familienfreundlichen Stadt.

Ich bin da altmodisch. Für mich gehören die älteren Menschen auch noch zur Familie. Der demografische Wandel ist ein Fakt, mit dem wir umgehen müssen. Und vor diesem Hintergrund sind mir zwei Dinge wichtig:

die Stadt für Familien und Kinder und das Zusammenleben der Generationen.

Auch wenn die bauliche Seite häufig dominant zu sein scheint, das erste Bild von Stadt leite ich dem Sozialen ab. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Herausforderungen, vor denen unsere Städte stehen, sich aus dem Sozialen ergeben. Das Soziale ist Voraussetzung für eine funktionierende Stadt. Auch die Arbeitsgruppe Stadt der OECD betont dies nachdrücklich.

Wir wollen Städte, in denen die Verbindung von Wohnen und Arbeiten, Einkauf und Freizeit in einer ökologisch intakten und familienfreundlichen Stadt der kurzen Wege möglich ist. Wir müssen Kaufkraft in den Städten halten. Das gelingt uns nur, wenn wir das Leben, das Wohnen in unseren Kernstädten erhalten.

Stadtumbau ist häufig negativ besetzt. Dabei birgt er große Chancen: Wir können in den Innenstädten neue Lebensqualität schaffen, neue Freiräume für Erholung und Entspannen. Es gibt mehr Raum für Grünflächen, für Sportanlagen, für Kinderspielplätze, für Jugendtreffs, aber auch für Parkplätze.

Wir können die Städte familiengerechter gestalten, wenn wir den Innenstädten das geben, was die Menschen bisher nur am Stadtrand fanden.

Das gilt für Ost und West. Daher planen wir, zu einem einheitlichen Stadtumbauprogramm für die alten und neuen Länder zu kommen.

Und im Programm Soziale Stadt wollen wir einen zusätzlichen Schwerpunkt verankern: die soziale Stadt für Kinder.

Fehlende Spiel und Freizeitmöglichkeiten, unzureichende Betreuungs- und Schulangebote sollen nicht länger ein Grund für den Wegzug von Familien mit Kindern sein. Die Menschen sollen in ihren vertrauten Quartieren bis ins hohe Alter selbstverantwortlich wohnen können. Dazu gehört auch das Thema Wohneigentumsbildung. Wir sollten die Förderung zukünftig gezielter zur Stabilisierung von inneren Stadtteilen nutzen.

Ich komme zum Thema Migration.

Deutschland hat sich verändert. Wir sind in den letzten Jahren ein weltoffeneres, ein toleranteres Land geworden.

Bei allen Problemen, vor denen wir bei der Integration stehen: Deutschland hat gute Chancen, wenn wir offen bleiben:

Wissensaustausch, kulturelle Vielfalt, wirtschaftliche Kooperation. Städte und Menschen profitieren davon.

Die Städte leben von Zuversicht, da dürfen nicht Angst und Abwehr dominieren.

Migration ist in Deutschland lange ein negativ besetztes Thema gewesen.

In den 90er Jahren waren viele Kommunen mit dem Problem der überforderten Nachbarschaften konfrontiert.

Neben Arbeitslosigkeit, Bildungsmangel, Wegzug wohlhabender Familien, baulicher Verwahrlosung und Kriminalität brachte die Integration von Zuwanderern das Sozialgefüge von vielen Stadtteilen aus der Balance.

Deshalb haben wir mit dem Programm „Die soziale Stadt“ das soziale Ganze der Stadtteile in den Blick genommen. Lokale Wirtschaft, Beschäftigung, Bildung und Kultur, das ökologische Lebensumfeld ebenso wie die Wohnqualität werden unterstützt. Die soziale Stadt zielt auf die Aktivierung und Mitwirkung der Bürger, sie fördert kreatives Denken und kooperatives Handeln.

Bis 2005 wurden dafür 500 Millionen Euro an Bundesmitteln eingesetzt. Mit den Kofinanzierungsmitteln von Ländern und Kommunen sind also 1,5 Milliarden Euro in die Städte geflossen.

Es ist Aufbruchstimmung in Stadtteilen entstanden, die zuvor von Mutlosigkeit gezeichnet waren. Wir wollen das Programm mit jährlich 70 Millionen Euro fortsetzen.

Wenn wir über die Zukunft der Städte reden, müssen wir uns von der problembestimmten Sichtweise im Umgang mit Zuwanderung lösen.

Es ist an der Zeit, dass wir die Chancen herausstellen, die für unsere Gesellschaft und unsere Städte darin liegen, bewusst Fremderfahrungen einzubeziehen und daran auch das Eigene zu reflektieren.

Im Übrigen sind wir auch wegen dem demografischen Wandel ökonomisch darauf angewiesen, dass unser Land und unsere Städte attraktiv für Zuwanderung bleiben. Migration ist eine ökonomische Wachstumschance für Städte weltweit.

Leistungsbereite, kreative und aufgeschlossene Menschen aus der ganzen Welt sind als Teil unserer Gesellschaft ein Rückgrat städtischer Vielfalt und Leistungsfähigkeit.

Mein letzter Punkt ist die Mobilität.

Mobilität spielt in den Städten eine zentrale Rolle. Wir müssen die umweltfreundlichen Verkehrsträger, insbesondere den ÖPNV weiter stärken. Die aktuellen Debatten um Diesel-Pkw zeigen noch einmal, wie sensibel das Thema Verkehr für die Städte ist. Chancen und Probleme unserer mobilen Zukunft konzentrieren sich in den Ballungsräumen.

Autoverkehr in den Städten muss weiter möglich sein. Aber umfassende Mobilität in den Metropolräumen ist ohne den öffentlichen Verkehr nicht zu denken.

Busse und Bahnen sind Leistungsträger für Wirtschaft und Gesellschaft. Wer sich in der Welt umschaute, sieht die bedrohliche Alternative: Städte und Regionen ohne funktionierenden öffentlichen Nahverkehr sind unsozial, unwirtlich und oft bis an die Grenze des Erträglichen verschmutzt.

Aber wir wollen die Entwicklung der großen Städte und städtischen Einzugsgebiete nicht durch Verbote blockieren. Wirtschaftsverkehr, City-Logistik und berufliche Mobilität sind der Herzschlag der Metropolen. Wachsende Mobilität in und zwischen den Metropolen müssen wir auch in Zukunft ermöglichen.

Entscheidende Bausteine dafür sind alternative Antriebe und innovative Mobilitätskonzepte. Darin liegt die Zukunft.

Auch für unsere Innovationsfähigkeit und den Export.

So viel zu einigen Punkten, die mir wichtig sind.

Zusammengehalten werden kann das Ganze aber nur durch Kooperation.

Planen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Erst konstruktive Zusammenarbeit der Akteure ermöglicht die Integration der unterschiedlichsten Aspekte.

Politik, Fachleute, private Investoren und Projektentwickler, Bürger, Verwaltung müssen zusammenwirken.

Wir wollen alle maßgeblichen Akteure einbeziehen, die für der Entwicklung der Städte eine Rolle spielen. Und das Ganze braucht den internationalen Austausch. Wir müssen die Erfahrungen aus unterschiedlichen Gesellschaften, anderen planerischen, kulturellen und sozialen Gegebenheiten nutzen.

Das Ziel Ihres Verbandes ist es, durch Allianzen und gemeinsame Aktivitäten etwas für die Stadtentwicklung zu tun. Das ist der richtige Weg!

Die Chancen unserer Städte liegen in einer neuen Form der Kooperation aller maßgeblichen Akteure.

Dazu gehört das bürgerschaftliche Engagement genauso wie der Projektentwickler, die Wohnungsbaugesellschaften ebenso wie die Banken, die Stadtplaner, Architekten, öffentliche Verwaltung und Politik.

Wir müssen auch mit Veränderungen im städtischen Gefüge produktiv umgehen. Zum Beispiel mit der Frage, wie Stadt und Architektur sich nach dem Markt richten. Da dürfen wir das Pflänzchen nicht gleich komplett ersticken.

PPP ist ein modernes Finanzierungsinstrument, dass uns helfen kann.

Aber auch hier ist der Dialog zwischen den Verantwortlichen notwendig. Mit der von uns gegründeten Task Force sind wir da gut eingestiegen.

Ich sage das auch mit Blick auf den Schlossplatz in Berlin. Da fließt Neues und die Auseinandersetzung mit Tradition zusammen. Das wird das größte ÖPP-Hochbauprojekt Deutschlands. Und ich bin mir sicher, dass sich das nicht nur rechnet, sondern dass da ein besonderer kultureller Ort entstehen wird.

Im Hinblick auf Herausforderungen, vor denen auch die Staaten in Mittel- und Osteuropa in der Stadtentwicklung stehen, ist eine europäische Plattform zum Austausch von Positionen und Erfahrungen zwingend nötig. Das ist eine gute Ergänzung zu den Initiativen, die bei der EU, bei der OECD und anderen Institutionen auf europäischer Ebene zur Vermittlung städtebaulicher Leitbilder bereits arbeiten.

Ich wünsche mir, dass wir in diesen Foren Ideen diskutieren, auch mal ausprobieren, und nicht nur theoretische Dogmen hochhalten. Nachhaltige Stadtentwicklung verlangt eine vorausschauende Planung und wir müssen der Vitalität des Systems Stadt gerecht werden.

Lassen Sie uns daran arbeiten, dass Stadt ein der Zukunft zugewandter Begriff bleibt. Städte bleiben die entscheidenden Orte gesellschaftlichen Wandels. Mit Städten verbinden sich Dynamik, Chancen, sozialer Ausgleich, Wohlstand und Teilhabe. Vorausschauende Stadtpolitik ist nachhaltige Gesellschaftspolitik. Stadt heißt immer, Verantwortung für das Ganze zu denken und in seinem Bereich das Beste dafür zu tun.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.